



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON UNDOCUMENTED MIGRANTS

PICUM Rundbrief Mai 2005

Redaktionsschluss 9. Mai 2005

Der Hauptaugenmerk dieses Rundbriefes liegt auf Nachrichten und Politikentwicklungen hinsichtlich der Grundsozialrechte von Menschen ohne Papiere. Gegenwärtig steht er im Word-Format auf der PICUM-Webseite in folgenden Sprachen zur Verfügung (www.picum.org): Englisch, Deutsch, Niederländisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch. Wir laden Sie dazu ein, den Rundbrief zu verbreiten.

Wollen Sie einen Beitrag zu einer Politik leisten, die Menschenrechte von Menschen ohne Papiere respektiert?

Spenden Sie an PICUM!

Ihr Beitrag bedeutet, dass wir unseren Kampf gegen Marginalisierung und Ausbeutung von Menschen ohne Papiere fortsetzen können.

Sie können ihre einmalige oder regelmäßige Spende an PICUM unter der Kontonummer 001-2666785-67 (Fortisbank, Sepdaal (B), IBAN BE93 001366678567 leisten. Bitte geben Sie Ihren Namen, Ihre Adresse und als Referenz „Spende“ an.

Danke!

Index

- [1. Tod an der Grenze](#)
- [2. Nachrichten aus den EU-Mitgliedstaaten + Schweiz + USA](#)
- [3. Europäische Politikentwicklungen](#)
- [4. Kommende Veranstaltungen](#)
- [5. Veröffentlichungen](#)
- [6. Verschiedenes](#)

1. Tod an der Grenze

- Ein dreimonatige altes subsaharisches afrikanisches Kind starb in den Armen ihrer Mutter an Unterkühlung als sie in einem *patera* (kleines Boot) in Spanien ankamen. Unter den anderen Passagieren der *patera* waren vier schwangere Frauen. Die Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía gab eine Pressemitteilung mit Vermeldung der Tragödie in Tarifa

heraus und wohnte dem Begräbnis am 23. April bei. Sie trug dabei kleine Poster auf denen sie die Schließung der Grenzen und ihrer Folgen anprangerten.

<http://www.apdha.org>

- 5 Ägypter starben und 19 sind vermisst nachdem ihr Boot, mit sie fuhren, sank, berichtete Swiss Info am 15. April. Eine Gruppe von 25 Menschen lief aus der libyschen Stadt Misrata auf einem schlecht ausgestatteten Boot aus und versuchte Europa über Italien heimlich zu erreichen. <http://www.swissinfo.org/sit/swissinfo.html?siteSect=143&sid=5688047&cKey=1113556271000>

Es steht jetzt eine englische Übersetzung des im Spanischen veröffentlichten Berichts der Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía bezüglich illegaler Einwanderung in 2004 zur Verfügung (siehe PICUM –Rundbrief von Januar 2005). Der Bericht beinhaltet eine detaillierte Auflistung der Zahlen von Menschen ohne Papiere, die beim Versuch, die Grenzen zu Spanien zu überqueren, umkamen. Der Bericht weist darauf hin, dass 2004 jenes Jahr war, in dem die meisten Todesfälle (289) registriert wurden. <http://www.statewatch.org/news/2005/apr/05spain-migrant-deaths-report.htm>

- In der Nacht des 14. Mai 2003, auf einer Schnellstraße außerhalb Victorias, Texas (USA), starben 19 Menschen an Erstickung, Dehydrierung und ausgesetzter Hitze innerhalb eines verriegelten Lastwagens. Die Toten gehörten zu einer Gruppe von 73 Lateinamerikanern, die einen Schleuser dafür bezahlt hatten, sie in die Vereinigten Staaten zu bringen. Ein neues Buch von Jorge Ramos "Dying to Cross: The Worst Immigrant Tragedy in American History" beinhaltet Interviews mit Überlebenden und Beamten, Berichte der Polizei und von Bundesagenturen, Gerichtsberichte und medizinische Untersuchungen. <http://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/0060789441/centerforimmigra>

2. Nachrichten aus den EU-Mitgliedstaaten + Schweiz + USA

Allgemeines

- 12 Organisationen riefen die International Platform on the Migrant Workers' Convention in Genf ins Leben. Ziel der Plattform ist es, die UN-Konvention zu fördern, durchzusetzen und zu überwachen. <http://www.december18.net/web/docpapers/doc2623.doc>
- Internationale Migration in industrialisierte Länder ist nicht länger im Steigen begriffen und die Anzahl der Menschen, die Asyl anfragen, ist mit beinahe 20 Prozent gefallen. Dies geht aus dem Jahresbericht "Trends in International Migration" (Ausgabe 2004) hervor, der kürzlich von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE) veröffentlicht wurde. Dieser Rückgang wird mit stärkeren Einwanderungskontrollen und dem Kampf gegen Terrorismus, dem Irakkrieg und der SARS-Epidemie begründet. Dem Bericht zufolge gab es einen stetigen Anstieg von Gastarbeitern in den meisten OSZE-Ländern. http://www.oecd.org/document/28/0,2340,en_2649_34711_34606364_1_1_1_1,00.html

In Zusammenarbeit mit Migrants Rights International, hat PICUM seine erste Veranstaltung, die ausdrücklich dem Thema „Menschenrechte von Menschen ohne Papiere“ während der UN-Kommission über Menschenrechte gewidmet war, abgehalten. www.picum.org

- Eine neue Internetseite mit dem Namen „Research and exchange on local initiatives to combat social exclusion through an Internet platform – LOCIN+“ hat sich zum Ziel gemacht, ein Informationszentrum im Internet zu bilden für alle, die sich gegen sozialen Ausgrenzung einsetzen. Den Mittelpunkt der website soll eine Datenbank bilden mit inhaltlichen Informationen über 160 lokale Initiativen, die vorbildlich sind in Bezug auf Innovation und „good practice“ . Neben der Datenbank finden sich Informationen über Forschungszentren und Universitäten, die sich im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung engagieren. www.locin.info
- Das “open border“-Szenario wird in immer größerem Ausmaß zwischen Akademikern, Nichtregierungsorganisationen und Politikern diskutiert. Um das Szenario in eine globale Perspektive zu setzen hat die Abteilung der UNESCO, die sich mit internationaler Migration beschäftigt, ein Forschungsprojekt ins Leben gerufen, das die theoretischen Fragen des Konzeptes beleuchten soll und das regionale Ansätze von Wissenschaftlern aller fünf Kontinente vernetzen soll. http://portal.unesco.org/shs/en/ev.php-URL_ID=7684&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html

Frankreich

- Am 14. April hat ein Brand im Pariser Opéra-Hotel 24 Menschen getötet und Dutzende verletzt. Das Hotel war Teil eines Netzwerks kostengünstiger Unterkünfte, die von Regierungsbehörden unter Vertrag genommen wurden, um Asylbewerber oder Ausländer unterzubringen, denen die Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden war. Dieser Vorfall bringt die schlechten Bedingungen ans Licht, unter denen viele Familien mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus leben müssen. Viele Organisationen riefen dazu auf, sofort neue Wohnmöglichkeiten zu schaffen. <http://www.liberation.fr/page.php?Article=289903> ; <http://cfda.rezo.net/Accueil/com-28-04-05.html>
- Ungefähr 100 Migranten ohne Papiere, die im Baugewerbe betätigt sind, besetzten am 14. April das Büro der französischen Baugewerbe-Vereinigung als Protest gegen eine Aussage des Vorsitzenden der Vereinigung, die besagte, dass in vielen Gegenden Arbeitgeber im Bausektor nicht genügend Arbeiter finden könnten. Die Arbeiter ohne Papiere riefen dazu auf, undokumentierten Arbeitern in Frankreich eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, anstatt neue Arbeiter von außerhalb nach Frankreich zu bringen. <http://www.libe.com/page.php?Article=289486>
- Nach 47 Tagen im UNICEF-Büro in Paris (33 davon im Hungerstreik) wurden undokumentierte Migranten des *9ième Collectif* am 19. April von der Polizei evakuiert. Zwölf Hungerstreikende konnten bis zum 3. Mai zu einem anderen Ort weiterziehen. Dann entfernte die Feuerwehr sie aus Gesundheitsgründen. Die zwölf Streikenden bekamen am 6. Mai eine Aufenthaltsgenehmigung. <http://permanent.nouvelobs.com/societe/20050507.OBS5963.html>
- Diese Einwanderer ohne Papiere waren seit dem 4. März im Hungerstreik und forderten einen gesicherten Status für sich und ihre Kinder. Viele Organisationen haben ihre Aktion unterstützt und haben die verantwortlichen Behörden dazu aufgerufen einzugreifen. Presseberichte: <http://pajol.eu.org/article806.html> Zusätzliche Informationen: http://paris.indymedia.org/sommaire.php3?id_mot=6#
- Es ist nicht notwendig über eine Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich zu verfügen, um ein Bankkonto zu eröffnen. Das Verwaltungsgericht von Paris entschied am 16. März, dass zwei Bedingungen erfüllt sein müssen, um ein Konto zu eröffnen: die jeweilige Person muss sich

ausweisen können und sie muss ihren permanenten Wohnort nachweisen können. Eine Bank kann jedoch niemandem verweigern, ein Konto zu eröffnen aufgrund seines dokumentlosen Status. <http://www.gisti.org/doc/actions/2005/bnf/index.html>

- Drei Personen, deren Beschwerden die Zwangsausweisung eines Migranten aus Kongo nach Senegal in einem Air Horizon Charterflug, den er am 15. Dezember 2004 am Flughafen Charles de Gaulle in Paris bestieg, verhindert haben, werden am 26. Mai 2005 vor Gericht angeklagt. Sie werden beschuldigt, den Abflug der Maschine verhindert zu haben indem sie andere Passagiere ermutigt haben, mit einer Person, die nicht in das nationale Territorium hätte einreisen dürfen, das Flugzeug zu verlassen und somit den Sicherheitsregeln und Abflugsbestimmungen zuwider zu handeln. Damit hätten sie den Abflug um vier Stunden und neun Minuten verzögert. Die drei Personen wurden festgenommen, 19 Stunden festgehalten, verhört und mussten ihre Fingerabdrücke hinterlassen. Ihnen droht eine maximale Gefängnisstrafe von fünf Jahren. <http://www.statewatch.org/news/2005/feb/12france-deportation.htm>

Spanien

- Der Regularisierungsprozess in Spanien ist am 7 Mai zu Ende gegangen. Über 672,347 Menschen haben eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und die Regierung wird wahrscheinlich 400,000 zusätzliche herausgeben, besonders an Familienmitglieder derer, die regularisiert worden sind. Schätzungen der Regierung zufolge haben nur 150,000 Menschen keine Aufenthaltserlaubnis beantragen können. <http://fr.news.yahoo.com/050508/5/4ee30.html>; <http://www.extranjerossinpapeles.com/paginas/noticias.htm>
- Die *Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía* (APDHA) hat den Regularisierungsprozess für die nicht in Betrachtnahme des Phänomens der illegalen Immigration, die Probleme die durch das spanische Immigrationsrecht in Sachen der Schaffung von neuen illegalen Immigranten und der Struktur der spanischen Wirtschaft entstanden sind, kritisiert. APDHA hat auch aufgedeckt dass Selbstständige ihre Situation nicht regularisieren könnten und dass viele Immigranten von ihren Arbeitgebern erpresst worden sind. <http://www.apdha.org>

Italien

- Am 13 April haben NGOs aus ganz Europa das EU Parlament dazu aufgerufen eine Stellungnahme über die Zusammenarbeit mit Drittstaaten anzunehmen, von denen nicht sicher ist, ob sie Menschenrechte respektieren. Sie waren besorgt über eine mögliche Zusammenarbeit der EU mit Libyen in Sachen Immigration. <http://pajol.eu.org/article805.html>
- Das Europäische Parlament hat am 14 April eine Resolution angenommen, in der Italien und alle Mitgliedstaaten dazu aufgerufen werden, Massenabschiebungen von Asylbewerbern und illegalen Gastarbeitern nach Libyen und anderen Staaten zu vermeiden und die individuelle Ermittlung von Asylanträgen sowie die Respektierung des Prinzips des "*non-refoulement*" zu sichern. Die MdEPs verurteilten ebenfalls Massendeportierungen die von Italien ausgeführt worden sind. Das Parlament hat verlangt, dass eine parlamentarische Delegation zum "Zentrum in Lampedusa und nach Libyen [geschickt würde], um das Ausmaß des Problems auszuwerten und die Legitimität des Tuns der italienischen und libyschen Autoritäten zu analysieren". Die Resolution kann hier eingesehen werden: <http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0138+0+DOC+XML+V0//FR&LEVEL=3&NAV=X>

- MdEP Giusto Catania hat mit der // *Manifesto* Zeitung über den Besuch, den Parlamentarier Libyen am 17-20 April abgestattet haben, gesprochen. Er beschreibt die schrecklichen Bedingungen unter denen die Gefangenen leben, von denen einige minderjährig sind. <http://www.meltingpot.org/articolo5261.html>

Griechenland

- Einem vom Innenministerium herausgegebenen Rundschreiben zufolge, ist es Menschen ohne Aufenthaltsstatus die über 18 Jahre alt sind nicht erlaubt zur Schule zu gehen. (Quelle: nanou@unhcr.ch)

Vereinigtes Königreich

- Das *Institute of Public Policy Research* hat Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass Immigranten proportional mehr Steuern zahlen als im Lande geborene Arbeiter. http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/vote_2005/frontpage/4487707.stm
- Im Anlauf auf die Wahlen ist Immigration eines der wichtigsten Themen. Ein Teil der Debatte bezieht sich auf den *National Health Service*, der von so vielen 'treatment tourists' ausgenutzt wird. In einem Versuch dieses angebliche Problem zu lösen, hat die Regierung den Zugang zur kostenlosen Behandlung von HIV für Asylbewerber und andere Immigranten eingeschränkt. <http://www.irr.org.uk/2005/april/ha000012.html>
- Der folgende Link ist ein Artikel darüber, wie die britische Regierung versucht zu beweisen wie sie Arbeitsmarktbedürfnisse erfüllt während sie weiter stark die Immigration kontrolliert: <http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=306>
- Die Organisation JCWI ruft politische Parteien dazu auf, aufzuhören ein "Zahlenspiel" mit Immigration zu spielen und neue Politiken die eine Vision haben und stützbar sind, zu entwickeln. JCWI zufolge, sind sich zu wenige Leute im Klaren darüber, dass es ohne Gastarbeiter in einigen Regionen viel schwieriger sein könnte Gesundheitsbehandlung zu erhalten, oder dass das Geld das Gastarbeiter nach Hause schicken für arme Menschen in Entwicklungsländern sehr wichtig ist. <http://www.jcwi.org.uk/>
- Eine britische Kampagne ruft Lehrer, Studenten und andere in der Bildung dazu auf, eine nationale Deklaration gegen die Deportierung von Kindern und jungen Menschen in Schulen und Colleges zu unterstützen. <http://www.schoolsagainstdeportations.org/>

Belgien

- Die Organisation C.R.E.R. veranstaltete eine Diskussion über Aufenthaltsgenehmigungen für ArbeitsmigrantInnen ohne Papiere und zur Frage der Zulassung dieser MigrantInnen als Mitglieder einer Gewerkschaft. <http://regularisation.canalblog.com/>

Niederlande

- Der holländische Flüchtlingsrat (Dutch Refugee Council) veröffentlichte am 14. April eine Presseerklärung zu einem Brief, den er von Frau Verdonk, Außenministerin und Ministerin für

Integration, erhalten hatte. In dem Brief drohte die Ministerin, Gelder für die Organisation zu streichen, falls sie weiterhin Aktionen unterstützen sollte, die sich gegen die Politik der Regierung richten. Die Ministerin bezieht sich auf die 15.000 Euro, die der Flüchtlingsrat für ein Projekt zur Unterstützung abgewiesener AsylbewerberInnen ausgegeben hatte.

www.vluchtelingenwerk.nl

- Die Stadt Rotterdam hat sich vermehrt dem Kampf gegen illegales Mieten von Häusern und Wohnungen verschrieben. 12.000 verdächtige Adressen werden überprüft werden. Inspektionsteams werden von Tür zu Tür gehen, und jedeR, der/ die nicht regelgemäß mietet, wird ausziehen und sich um eine neue Wohnmöglichkeit umsehen müssen. Es wurde gesagt, dass Menschen ohne Papiere des Landes verwiesen würden. (Quelle: info@stichtinglos.nl)
- Vikar Visser von einer Kirche in Rotterdam erklärte in einem Zeitungsinterview, dass verschiedene Krankenhäuser sich weigern, Menschen ohne Papiere in nicht lebensbedrohlichen Situationen zu helfen. Vikar Visser sagt, dass der Hauptgrund dafür finanzielle Bedenken sind, da Krankenhäuser, die Menschen ohne Papiere behandeln, einen Teil der Kosten selbst tragen müssen. (Quelle: info@stichtinglos.nl)
- In Rotterdam wurde eine neue Organisation, R.O.S., gegründet. Sie will Menschen ohne Papiere sowie Organisationen und Einzelpersonen, die sie unterstützen, Beratung und Hilfe anbieten. stichtingros@hotmail.com

Deutschland

- Der niedersächsische Flüchtlingsrat veranstaltet in Göttingen eine Vortragsreihe zum Zugang von Menschen ohne Papiere zur Gesundheitsversorgung. Die Vortragsreihe begann am 20. April. <http://www.nds-fluerat.org/>

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen), hat sich für die sozialen Rechte von Menschen ohne Papiere in Deutschland ausgesprochen. Diese schließen das Recht auf Gesundheitsversorgung, das Recht auf (Aus)Bildung für Minderjährige, das Recht auf Bezahlung, wenn die Person beschäftigt wird, und das Recht, den Lohn vor Gericht einzuklagen, ein. www.forum-illegalitaet.de/Aktuell/Manifest.pdf

Österreich

- Eine Kontaktperson von PICUM in Österreich wurde am 13. April auf einem Parkplatz im Zentrum von Wien Opfer eines gewalttätigen rassistischen Angriffs. ENARA (European Network against Racism - Austria) berichtete, dass Di-Tutu Bukasa, ein Aktivist in der Anti-Rassismus-Szene, aus dem Krankenhaus entlassen wurde und dass sein Zustand stabil ist. Der Vorfall zeigt wieder einmal die unsicheren Lebensbedingungen für Menschen mit dunkler Haut in Österreich auf, sowie die gefährlich aggressive Haltung ihnen gegenüber, die in Teilen der österreichischen Gesellschaft herrscht.

Schweden

- Eine der Veränderungen, die zur Zeit an der schwedischen Einwanderungspolitik vorgenommen werden, ist, dass die Möglichkeit eines humanitären Asyls abgeschafft wird. Diese Änderung wird höchstwahrscheinlich den Prozentsatz der angenommenen Asylanträge weiter senken, da heute die Mehrheit der AsylbewerberInnen eine Aufenthaltsgenehmigung aus

humanitären Gründen erhält. Ob das zu mehr Menschen ohne Papiere führen wird, muss abgewartet werden. (Quelle: Médecins Sans Frontières Belgien, Projekt "Gömda" in Schweden, msfb-sweden-hom@msf.org)

- Vergangenen Monat berichteten wir von der Situation von minderjährigen AsylbewerberInnen in Schweden, die langsam immer apathischer werden und in manchen Fällen in einem völlig katatonischen Zustand enden. Es gibt eine intensive öffentliche Diskussion über diese Kinder. Die schwersten Fälle sind Kinder, die so entkräftet sind, dass sie über eine Nasensonde ernährt werden müssen. Die Öffentlichkeit und viele Organisationen sind gegen ihre Abschiebung. Andere Organisationen fordern, dass Familien mit Kindern in diesem Zustand automatisch Asyl gewährt werden solle. (Quelle: Médecins Sans Frontières Belgien, Projekt "Gömda" in Schweden, msfb-sweden-hom@msf.org)

Schweiz

- Eine amtliche Studie ist zu dem Schluss gekommen, dass in der Schweiz 90.000 Migranten ohne Papiere leben. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie ist, dass ihre Anwesenheit mehr mit dem Arbeitsmarkt zu tun hat als mit der Asylpolitik der Behörden.
<http://www.bfm.admin.ch/index.php?id=227&L=1#3160>
- Am 27. April hat das *Collectif* des Kantons Basel eine Kampagne für Regularisierung eingeleitet. Die Kampagne wendet das gleiche Verfahren an, das auch das *collectif* in Genf benutzt hat: Migranten ohne Papiere werden dazu angeregt, sich bei dem *collectif* oder bei der IGA (interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen) einzutragen.
<http://www.sans-papiers-basel.ch/>
- Das zweite Schweizerische Sozialforum, das vom 3. bis 5. Juni 2005 in Freiburg/Fribourg stattfindet, wird als Schwerpunktthemen Migration, abgelehnte Asylbewerber und Migranten ohne Papiere haben.
<http://www.socialforum.ch>

Vereinigte Staaten

- Der Senat hat am 19. April gegen das "Agjobs" – Gesetz gestimmt, das es hunderttausenden Landarbeitern ohne Papiere ermöglicht hätte, einen Aufenthaltsstatus zu erhalten. Es wird geschätzt, dass die Gesamtzahl aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, die bei etwa zwei Millionen liegt, zu 50 bis 75 Prozent aus Landarbeitern ohne Papiere besteht.
http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050420/news_1n20agjobs.html
- Das Ministerium für Heimatschutz (DHS) plant, ein Programm zur Überführung von Migranten ohne Papiere in ihre Heimatorte in Mexiko wieder aufzunehmen. Zur Zeit werden sie an der Grenze zu Arizona ausgewiesen. Nach Angabe der Ministerialbeamten soll das Programm abschreckend gegen illegale Einwanderung wirken und dazu beitragen, die Gewalt, die oft mit Grenzüberschritten einhergeht, zu reduzieren.
http://www.cq.com/corp/crawford/20050408B_homeland.html
- Am ersten Maiwochenende hat das Minuteman-Freiwilligenprojekt seine einmonatige Mahnwache an einem 32 Kilometer langen Abschnitt der Grenze zwischen Arizona und Mexiko beendet (siehe PICUM-Newsletter April 2005). Letztendlich gab es sehr wenige gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Migranten ohne Papiere und den freiwilligen Grenzpatrouillen.

Allerdings konnte die Initiative nicht beweisen, dass die gesamte Grenze mit dem Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte abgeriegelt werden könne. Berichte deuten darauf hin, dass mögliche Grenzgänger diesen Teil der Grenze während der Mahnwachen mieden.

<http://www.csmonitor.com/2005/0502/p01s04-ussc.html>

3. Entwicklungen in der EU-Politik

- Das von der niederländischen EU-Präsidentschaft eingebrachte Haager Programm macht die Integration von Migranten in europäischen Gesellschaften zu einem Schwerpunktthema. Dieser Diskussionsbeitrag beschäftigt sich mit den Gemeinsamen Grundprinzipien für die Politik der Integration, die vom Rat verabschiedet worden sind, und fordert eine deutlich weitergehende Einbeziehung der Zivilgesellschaft, und nicht zuletzt der Migrantenorganisationen, bei ihrer Umsetzung in praktische Politik.
<http://www.theepc.be/en/default.asp?TYP=TEWN&LV=483&PG=TEWN/EN/detail&AI=483>
- Die EU stellt Gelder für einen Studienauftrag über "Integration und Zugang zu sozialen Rechten für Migranten: der Beitrag von lokalen und regionalen Behörden" bereit. <http://www.enar-eu.org/en/funding/calls/2005-05-16.shtml>
- Der Parlamentsausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres schlägt Richtlinien für eine neue Einwanderungspolitik in Europa vor, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der effektiven Bekämpfung illegaler Einwanderung und der Integration von legalen Einwanderern herstellen. Im Bereich der illegalen Einwanderung kritisierten die Parlamentarier vor allem die Maßnahmen einiger Länder zur massenhaften Regularisierung illegaler Einwanderer. Sie waren sich darin einig, dass "die massenhafte Regularisierung illegaler Einwanderer einen einmaligen Charakter behalten muss, da solche Maßnahmen illegale Einwanderung begünstigen und die grundlegenden Probleme nicht lösen".
<http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//TEXT+PRESS+NR-20050428-1+0+DOC+XML+V0//EN&LEVEL=2&NAV=S#SECTION1>
- Am 27. April hat die europäische Kommission einen neuen Mechanismus angenommen, der die systematische Abgleichung aller Rechtsvorschläge der Kommission mit der Grundrechtscharta gewährleisten soll. Dieser Mechanismus ist die erste Initiative der neuen Gruppe der Kommissare für Grundrechte, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung, die kürzlich eingesetzt wurde.
(Quelle: EAPN Flash 145)

4. Kommende Veranstaltungen

- Die 5. Europäischen Sommerschule hat als Thema "European Union Law and Policy on Immigration and Asylum" (Gesetzgebung und Politik der Europäischen Union zu Einwanderung und Asyl). Sie wird organisiert von der Université Libre de Bruxelles vom 4. bis 15. Juli 2005. Die Teilnehmer sollen ein umfangreiches Verständnis für die Einwanderungs- und Asylpolitik der EU vom gesetzlichen Standpunkt aus gewinnen. <http://www.ulb.ac.be/assoc/odysseus>
- Migreurop organisiert ein Treffen und Workshops zu "European policies on the control of exiles outside of its borders" (Europäische Politik zur Kontrolle von Exil ausserhalb seiner Grenzen) in Sevilla (Spanien), 20.-21. Juni. Weiterer Kontakt über Sara bringadeira@yahoo.it oder www.migreurop.org

- "Migration and Integration in Europe towards a European Policy?" (Wanderung und Integration in Europa hin zu einer Europäischen Politik?). Konferenz 26-27. Mai, Universität Maastricht, Niederlande. www.unimaas.nl/forum-maastricht
- Pharos Knowledge Centre on Refugees and Health in the Netherlands veranstaltet einen Sommerkursus über die Aufnahme von asylsuchenden Kindern und Jugendlichen in den Niederlanden vom 23.-25. August 2005. Der Kursus ist gedacht für Fachleute und Politiker, die mit Versorgung, Unterstützung, Ausbildung und Aufnahme von asylsuchenden Kindern und Jugendlichen in Europäischen Ländern befasst sind. <http://www.pharos.nl/summercourse>
- Das 5. Vernetzungstreffen der Abschiebungshaftgruppen findet statt vom 3.-5. Juni 2005 in Paderborn, Deutschland. vernetzung@gegenAbschiebehaft.de

5. Veröffentlichungen

- The deportation machine: Europe, asylum and human rights (die Abschiebemaschinerie: Europa, Asyl und Menschenrechte) von Liz Fekete. The Institute of Race Relations, April 2005. Die erste pa-europäische Studie über Abschiebung von Asylsuchenden zeigt, wie die Zielsetzung von Abschiebungen durch die EU und ihre Mitgliedstaaten in ein klares und schandhaftes System von Menschenrechtsverletzungen mündet. <http://www.irr.org.uk/2005/april/ha000009.html>
- A survey of the illegally resident population in detention the UK (Überblick über die illegal aufhältige Bevölkerung in Haft in Grossbritannien). Von Richard Black, Michael Collyer, Ronald Skeldon und Clare Waddington, Home Office Online Report 2005. <http://www.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs05/rdsolr2005.pdf>
- EuroHealthNet hat vor kurzem das Ergebnis eines von der Kommission unterstützten Projektes "Tackling Health Inequalities and Social Exclusion in Europe" (Eingehen auf Gesundheitsungleichheiten und soziale Ausgrenzung in Europa) veröffentlicht. Einer der Berichte ist eine Übersicht über gute Praktiken in der gesamten EU, was zeigt, wie der Gesundheitssektor die soziale Einbindung fördern kann. Mehrere gute Praktiken konzentrieren sich auf den Zugang von Papierlosen zur Gesundheitsversorgung. <http://www.eurohealthnet.org/Eurohealthnet/documents/Social%20Exclusion/Good%20Practices.pdf>

6. Verschiedenes

PICUM veranstaltete ein Workshop über Kriminalisierung der Hilfe für Papierlose: Neue europäische Gesetzgebung und Strategien, uns selbst zu verteidigen. Der Bericht über diesen Workshop ist auf der PICUM-Webseite zu lesen www.picum.org

Nominierungen für den Silver Rose Award können bis zum 31. Mai eingereicht werden. Der Preis wird vergeben an eine Organisation oder Einzelperson, die für soziale Gerechtigkeit auf örtlicher oder nationaler Ebene arbeiten. Organisationen, die Papierlose unterstützen, sind definitiv für diesen Preis auswählbar! Weitere Informationen, wie dies vor sich geht bei www.solidar.org/

Das deutsche Grundrechtekomitee hat einen Aufruf gegen extraterritoriale Flüchtlingslager erlassen. Sie sind aufgefordert, diesen Aufruf zu unterzeichnen.

http://www.grundrechtekomitee.de/ub_showarticle.php?articleID=151

"Unsichtbar, illegal in Europa" ist eine Dokumentation von Andreas Voigt über Papierlose in Europa.

<http://www.lumiere.nl/film/050421lumi131200>

Besonderer Dank gilt Fabian Küster, Valeska Huber, Anja Härtwig, Brita Pohl, Yongmi Schibel und Margret Müller für die Übersetzung des Newsletter in Deutsche.

Für ein Abonnement des PICUM-Newsletter senden Sie bitte eine e-mail an administration@picum.org mit "Subscribe-English", zur Kündigung schreiben Sie bitte "Unsubscribe-English" in die Betreffzeile.
